

**Dr. Dagmar Enkelmann, Vorsitzende "kommunalpolitisches forum Land Brandenburg" e.V., stellvertretende Vorsitzende der PDS erklärt:**

**Zur aktuellen Debatte über die Gemeindefinanzreform und zu den diesbezüglichen Forderungen des Städte- und Gemeindetages**

## **Kommunen brauchen stabile und verlässliche finanzielle Basis**

Den Kommunen steht das Wasser bis zum Hals. Auch bei der vorgezogenen dritten Stufe der Steuerreform sind die Kommunen auf der Verliererstraße. Sie rechnen mit weiteren Steuerausfällen in Höhe von 2,3 Milliarden Euro. Das ist ohne vollständigen Ausgleich nicht hinnehmbar.

Höchste Zeit allerdings ist es für Gemeindefinanzreform, die diesen Namen verdient und die die Grundlagen schafft für eine stabile Finanzausstattung der Kommunen.

Die PDS legt der Bundesregierung dazu einen **Kommunalpolitischen Forderungskatalog** vor, der u.a. beinhaltet:

- Modernisierung der Gewerbesteuer durch Einbeziehung ertragsunabhängiger Elemente, wie Zinsen, Mieten, Pachten, Leasinggebühren
- Reduzierung der an Bund und Länder zu zahlenden Gewerbesteuerumlage von 26 auf 20 % (2,3 Mrd. Euro)
- Erhöhung des Anteils der Kommunen an der Einkommenssteuer von 15 auf 16 % (3 Mrd. Euro)
- Erhöhung des Anteils der Kommunen an der Umsatzsteuer
- Wiederaufgabe einer kommunalen Investitionspauschale durch Abschmelzen der Goldreserve (3 Mrd. Euro)
- Stärkung der finanziellen Situation der öffentlichen Kassen durch Wiedereinführung der Vermögenssteuer (5 Mrd. Euro)
- Verankerung des Konnexitätsprinzips im Grundgesetz (wer Leistungen bei den Kommunen "bestellt", der bezahlt)
- Vereinfachung der Förderpolitik durch Abbau von Bürokratie und Reduzierung der Zweckbindung für Fördermittel

Führen eines breiten Diskurses über Inhalte öffentlicher Daseinsvorsorge und klare Kompetenzabgrenzung zwischen den politischen Ebenen